Anerkennung und Umsetzung der Internationalen UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

Eingebracht vom Ausschuss A4 über den Erweiterten Vorstand

Antrag Nr. 50-23-26

Vollversammlung vom 10.06.2024

I. Antrag:

Die Internationale Dekade für Menschen Afrikanischer Herkunft (2015 -2024) wurde am 23. Dezember 2014 von der UN-Generalversammlung beschlossen. Sie steht unter dem Motto "Menschen Afrikanischer Herkunft: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung".

Ziel der Dekade ist es, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen afrikanischer Herkunft global zu stärken, so auch in Deutschland gemäß Pkt. II.13. sollen die Staaten auf gesamtstaatlicher und lokaler Ebene (Anmerkung: betrifft in diesem Fall die kommunale Ebene in Bezug auf München) "verlässliche statistische Daten sammeln, zusammenstellen, analysieren, verbreiten und veröffentlichen und alle sonstigen damit zusammenhängenden Maßnahmen ergreifen (...). Die Informationen sollen erhoben werden, um die Lage der Menschen afrikanischer Abstammung zu verfolgen, die erzielten Fortschritte zu bewerten, ihre Sichtbarkeit zu erhöhen und soziale Gefälle zu ermitteln."

Menschen afrikanischer Herkunft waren und sind Teil der Münchner Gesellschaft. Die Beachtung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft hat auch im Zusammenhang aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen und Tendenzen in der Bundesrepublik Relevanz. Sie ist eine Anerkennung dafür, dass Menschen vom afrikanischen Kontinent und aus den unterschiedlichen Afrodiasporen als vulnerable Gruppen im Fokus von rechtsnationalistischem Populismus stehen, von Rassismus und mehrdimensionaler Diskriminierung betroffen sind und das Phänomen des Anti-Schwarzen Rassismus auch von der Politik wahrgenommen werden muss. Die Internationale UN-Dekade und ihr Aktivitätenprogramm stellen ein wichtiges Instrument zur Reduzierung von Ungleichheiten dar und zur Wahrung demokratisch begründeter Menschenrechte. Sie birgt das Potenzial, aktuelle Diskriminierungsformen in Deutschland intersektional zu analysieren und zukunftsorientierte Maßnahmen zu gestalten. Die Stadt München ist seit Anfang 2009 Mitglied in der "Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus", die auf eine Initiative der UNESCO zurückgeht: www.eccar.info/en/10-point-action-plan Mit der Aufnahme in diese Koalition verpflichtet sich die LH München außerdem zur Umsetzung des 10-Punkte-Aktions-Plans. Dieser bildet zusammen mit dem Aktivitätenprogramm der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft eine weitere Grundlage, bestimmte Maßnahmen umzusetzen.

Maßnahmen auf Basis des UN-Aktivitätenprogramms

Im Zuge des UN-Aktivitätenprogramms auf "regionaler und internationaler Ebene" ist die aktive Einbindung und Stärkung der Mitwirkung lokaler afro-diasporischer Gemeinschaf-

ten von entscheidender Bedeutung (Pkt. B.1.28.i.). Wir fordern daher eine angemessene Anerkennung und Maßnahmen zum Abschluss der UN-Dekade und darüber hinaus. Insbesondere erwarten wir, dass die Stadt München im Rahmen der Dekaden-Anerkennung eine Abschlussveranstaltung unter Mitwirkung von Akteur*innen aus der afro-diasporischen Bevölkerung organisiert. Angesichts bisher fehlender kommunaler Initiativen bezüglich der Dekade fordern wir eine sukzessive Umsetzung von Maßnahmen unter Einbeziehung der afro-diasporischen Gemeinschaften bis 2027.

Unsere Forderungen:

I. Maßnahmen, um Ziele der Dekade (auch zukünftig) ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben:

einer nachhaltigen Umsetzung von Sensibilisierungskampagnen und Unterstützung bei fortzuführenden Aktivitäten auch in Zukunft wird die Förderung einer Konferenz zum Abschluss und im Rahmen der Dekade zu deren Anerkennung gefordert. Dabei geht es um die Würdigung der kulturellen und sozialen kollektiven Beiträge von Menschen afrikanischer Herkunft. Für die Maßnahmen ist ein erleichterter Zugang zu materiellen Ressourcen und zu aktiven Beteiligungsmöglichkeiten der Initiativen aus dem Spektrum der Zielgruppe nötig, um die Dekade und ihre weiterführenden Ziele danach auf Grundlage demokratischer Werte im öffentlichen Bewusstsein der Münchener Stadtgesellschaft zu verstetigen. Dies soll durch eine angemessene Thematisierung der Folgen des europäischen Versklavungshandels sowie der Behandlung von Kontinuitäten des europäischen bzw. deutschen Kolonialismus bis in die Gegenwart und die historische Aufarbeitung dessen durch Erinnerungsarbeit zur Bewahrung des historischen Gedächtnisses von Menschen afrikanischer Abstammung und zur Aufarbeitung deutscher kolonialer Gewaltgeschichte und ihrer Folgen bis in die Gegenwart geschehen – z.B. in Bezug auf Restitution, deutsch-namibische Geschichte und andere koloniale Kontexte wie gesellschaftliche Phänomene von Kolonialität bezüglich Sprache...

II. Anlaufstellen für Rassismuserfahrene bei Vorfällen von Anti-Schwarzem Rassismus (ASR) und die Besetzung mit Fachkräften, die ASR-erfahren sind, für einen wirksameren Schutz:

Maßnahmen zur Förderung der Besetzung von Anlaufstellen rassismuserfahrenen Expert*innen aus der Zielgruppe, damit sich Menschen bei Diskriminierungsfällen in öffentlichen Räumen bzw. Einrichtungen, in öffentlichen und privaten Bildungssystemen bzw. am Ausbildungs- /Arbeitsplatz besser zu wehren wissen, ebenso im Falle von Diskriminierung bei Gesundheitsdiensten (Fälle sind bekannt). Eine Fachstelle sollte somit auch die Aufgabe als Beratungsstelle bzw. Ombudsstelle erfüllen und als Anlaufstelle mit einer Schwarzen Ansprechperson dazu dienen, sicherzustellen, dass z.B. Kinder afrikanischer Abstammung weder in den öffentlichen noch privaten Betreuungsstätten oder Bildungssystemen diskriminiert oder ausgeschlossen werden, und dass sie vor unmittelbarer oder mittelbarer Gewalt und negativer Stigmatisierung geschützt werden und im Notfall mit deren Bezugspersonen begleitet werden.

III. Rechtsberatungsstellen für Rechtsbehelfe gerichtet an Anti-Schwarzen-Rassismuserfahrende:

Maßnahmen für **besseren Zugang** von strukturell Benachteiligten und von strukturellem Rassismus Betroffenen zu Rechtsinformationen durch Beratungsdienste **mit erfahrenen Fachexpert*innen aus der Betroffenengruppe**, um über die Rechte und die Umsetzung ihrer Rechte und juristischer Möglichkeiten aufgeklärt zu werden. Das betrifft auch die **Implementierung bzw. Ausbau** von Maßnahmen, um einen einfacheren Zugang zu hochwertigen Beratungen im Bereich des Arbeits-, Aufenthalts- und Asylgesetzes bzw.-rechts sowie dem Recht auf angemessenen Wohnraum zu

gewährleisten (Kenntnisse über Menschenrechte im Hinblick auf den Zugang zum Recht auf Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Wohnraum, Land und Arbeit und den Genuss dieser Rechte).

IV. Mehr Zugang zu juristischem Beistand bzw. freier Rechtsberatung und Beihilfe bei Vorfällen von rassistischer bzw. rassistisch motivierter institutioneller Gewalt: Das betrifft z.B. Präventionsmaßnahmen der LH München gegen rassistische Diskriminierungen in der Polizeiarbeit (vgl. https://www.tagesschau.de/inland/studie-polizei-101.html), wie etwa sogenanntes Racial Profiling, wie es die United Nations Working Group of Experts on People of African Descent in ihrer Stellungnahme gegenüber dem Menschenrechtsrat am 26.09.2017 angemahnt hat; Laut der Resolution zur UN-Dekade erleben "sie [Menschen afrikanischer Abstammung] allzu oft Diskriminierung beim Zugang zur Justiz und sind neben der Erstellung von Personenprofilen auf der Basis der 'Rasse' in erschreckend hohem Maße der Polizeigewalt ausgesetzt."

V. Fortbildungsmaßnahmen für Menschen afrikanischer Herkunft in ihrer Rolle als Multiplikator*innen innerhalb ihrer jeweiligen Arbeitsbereiche:

Das betrifft z.B. Schulungen in der Nutzung von Instrumenten, die aufgrund der internationalen Menschenrechtsübereinkünfte betreffend Rassismus zur Verfügung stehen und/oder bei der Bekämpfung von Rassismus dienlich sind. Dazu gehören finanzierte Programme und Schulungen bzw. Capacity-Building in den Bereichen Mentorship, Systemische Beratung, Rhetorik-Strategien, Coaching, Gewaltfreie Kommunikation, Social Justice, Diversity, Equity und Inklusion-Trainership zur Erlernung von Methoden, die Menschen afrikanischer Herkunft wirksam zu gute kommen und zur Stärkung von ASR-Erfahrenen - besonders Kindern und jungen Erwachsenen bzw. Menschen im Spektrum der Zielgruppe der Dekade in prekärer Lebenssituation-, Förderung von Programmen zum vernetzten Arbeiten für bildungspolitische Maßnahmen gegen Anti-Schwarzen Rassismus; dahingehend mehr materieller Ausgleich auch im zivilgesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagement.

VI. Maßnahmen zur Mitwirkung der afro-diasporischen Communities durch die LH München insbesondere hinsichtlich der kritischen Auseinandersetzung mit kolonialen Spuren im öffentlichen Raum und die Umsetzung des Ergebnisses des Expertengremiums:

Darunter zählt ein Entkolonisierungsprozess und -konzept unter der aktiven Beteiligung zivilgesellschaftlicher nichtstaatlicher Organisationen hinsichtlich der kritischen Auseinandersetzung mit kolonialen Spuren im öffentlichen Raum und eine aktive Mitwirkung von Menschen afrikanischer Herkunft an einem offenen Diskurs. Zumal der Prozess bereits vor 12 Jahren vom Migrationsbeirat (damals Ausländerbeirat) in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Muc Postkolonial, Nord-Süd-Forum und Arbeitskreis Panafrikanismus München, sowie im erweiterten Decolonize-München-Bündnis mit ADEFRA Schwarze Frauen in Deutschland und ISD Bund Schwarze Menschen in Deutschland, angestoßen wurde. Das Ergebnis waren mehrere Anträge und öffentliche Aktionen. Damit befasste sich eine vom Migrationsbeirat herausgegebene Publikation (https://migrationsbeirat-muenchen.de/downloads/publikationen/Dossier-Auslaenderbeirat_koloniale-strassennamen-muenchen.pdf) sowie ein Decolonize-München-Katalog (https://decolonize-muenchen.de/wp-content/uploads/2016/08/DECO-LONIZE-M%C3%BCnchen_Katalog.pdf.

Eine Mitwirkung betrifft sowohl den Aufbau eines kolonialen Gedenkortes als auch die Entkolonialisierung von Münchner Straßennamen, die in Zusammenhang mit deutschen Kolonialverbrechen in Afrika und gegenüber der Afro-Diaspora-Welt stehen und historisch belastet sind siehe: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/297604/koloniale-spuren-im-staedtischen-raum/

Das sogenannte Expertengremium für Straßenumbenennung in München bestand bisher nur aus Mitgliedern der Stadtratsfraktionen und Mitarbeiter*innen von

Fachdienststellen der LH München. Wir fordern die Einbeziehung afro-diasporischer zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteur*innen sowie von Expert*innen für Kolonialismus und Postkolonialismus, einschließlich des Migrationsbeirats München, die sich seit Jahren damit befassen. Das betrifft vor allem den anstehenden Neubenennungsprozess von Straßen nach Protagonist*innen im kolonialen Widerstand bzw. nach historisch relevanten Persönlichkeiten aus Afrika oder der Afro-Diaspora (z.B. Fasia Jansen, Gert Schramm, Rudolph und Emily Duala Manga Bell, Cornelius Fredericks, Miriam Makeba, Anton Wilhelm Amo, Audre Lorde, May Ayim).

VII. Bildungsmaßnahmen und Dokumentationen über das historische Erbe Afrikas und zu diversen kulturellen Beiträgen von Menschen afrikanischer Herkunft, aus Afrika und den Diasporen:

Förderung von Aufklärungsprogrammen im schulischen bzw. Ausbildungskontext zur besseren Kenntnis und größeren Anerkennung und Achtung der Kultur, der Geschichte und des Erbes der Menschen afrikanischer Herkunft, um einem verfälschten stereotypen diskriminierenden Afrikabild in der Bildungsvermittlung und somit auch der Stigmatisierung und Stereotypisierung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen afrikanischer Herkunft, die von diskriminierenden Stereotypen betroffen sind und der daraus resultierenden systemischen Gewalt durch Rassismus und dessen Wirkungsweisen entgegenzuwirken (z.B. auch durch Ausstellungsprojekte). VIII. Einrichtung eines Bildungsfonds für handlungsorientierte politische

VIII. Einrichtung eines Bildungsfonds für handlungsorientierte politische Konzepte, Programme und Projekte zur Bekämpfung von Anti-Schwarzem-Rassismus und zur rassismuskritischen Behandlung eurozentrischer Muster und Perspektiven als Querschnittsthema:

Bildungsmaßnahmen zu Afrika und seiner deutschen Diaspora im Austausch und unter Beteiligung von Expert*innen-Teams vor allem aus ehemalig kolonialisierten Staaten wie Namibia, Togo, Kamerun, Ruanda, Tansania sowie aus der deutschen Afrodiaspora zur Aufklärung über die Geschichte Afrikas aus afrikanischer und afrodisasporischer Pespektive, zur Aufarbeitung von und Befassung mit deutschkolonialgeschichtlichen Verbindungen, die bis heute existieren (Namibia) und deren negativen Folgen, zur Behandlung der Fragen von Restitution und einer musealen Aufarbeitung sowie Behandlung der Fragen nach Entschädigung; dazu gehören auch Maßnahmen zu einer rassismuskritischen Analyse von Archivbeständen (z.B. in Museen, Münchner Bibliotheken etc.) unter Beteiligung von Schwarzen Expert*innen.

IX. Monitoring und Studien sowie transparent zugängliche Evaluationen zu Anti-Schwarzen-Rassismus Vorfällen in München in regelmäßigen Abständen

Außerdem gibt es konkrete Mittel, die München für die Maßnahmen des Aktivitätenprogramms der UN abrufen kann. Wir fordern einen Bericht darüber, ob die Stadt München die UN-Mittel in Rahmen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft abgerufen und eingesetzt hat. Wenn ja, wünschen wir eine detaillierte Auflistung der zielgerichteten Maßnahmen, die sich speziell an Menschen mit afrikanischer Herkunft richtet, sowie Informationen darüber, in welchem Umfang diese Maßnahmen unter Einbeziehung von ASR-Erfahrungen durchgeführt wurden.

Wir erwarten als Migrationsbeirat vom Oberbürgermeister Dieter Reiter eine baldige Antwort auf die Petition von 2022, sowie auch die baldige Anerkennung der Dekade mit einer Implementierung entsprechender Aktivitäten.

II. Begründung:

Die von den Vereinten Nationen verkündete Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015 – 2024) läuft in diesem Jahr aus. Die UN erkennt damit an, dass Menschen afrikanischer Herkunft, vom Kontinent und aus den diversen historisch und geopolitisch zum Teil gewaltvoll

entstandenen Diasporen, eine eigenständige vulnerable kollektive Gruppe hinsichtlich spezifischer Erfahrungen bilden, deren Menschenrechte gefördert und geschützt werden müssen. Die Staatengemeinschaft und damit auch Deutschland hat sich verpflichtet bis 2024 unter dem Motto "Anerkennung, Entwicklung" Menschen afrikanischer Herkunft (bzw. Abstammung) in besonderer Weise zu fördern sowie rassistische Diskriminierung (siehe auch deutscher Afrozensus 2020) zu bekämpfen und empfiehlt Maßnahmen zur strukturellen Bekämpfung von weitere Infos siehe Rassismus 13 Seiten umfassenden Aktivitätenprogramm: www.un.org/depts/german/gv-69/band1/ar69016.pdf . Deutschland hat damit verbundene Forderungen wie die anderen Staaten der Gemeinschaft ratifiziert. Leider hat die deutsche Bundesregierung erst 2017 mit der Umsetzung der Dekade begonnen. In Bavern hat Gülseren Demirel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE) als Landtagsabgeordnete bereits im Jahr 2021 eine den **Bayerischen** Landtag Anfrage an www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage WP18/Drucksachen/Schriftliche%20A nfragen/18 0016651.pdf.

Im Dezember 2022, zwei Jahre vor Abschluss der Dekade, wurde in einer Petition an Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter und den Stadtrat auf die Dekade hingewiesen und zur Anerkennung aufgerufen. Die Petition mit dem Ziel der Anerkennung der Dekade und Umsetzung von Aktivitäten durch die bayerische Landeshauptstadt München ging an Herrn Oberbürgermeister Reiter und desweiteren parteiübergreifend an den Stadtrat, d.h. an einige Fraktionsmitglieder folgender Parteien: Fraktion Die Grünen/Rosa Liste, SPD mit Volt-Fraktion; Fraktion CSU mit Freie Wähler), Stadtratsfraktion DIE LINKE/Die Partei, FDP Bayernpartei Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP/München-Liste. Die Petition wurde ein zweites Mal im März 2023 versendet und ist hier einsehbar: http://muc.postkolonial.net/files/2023/05/Petition-UN-Dekade-Stadtrat-aktualisiert-023.05.18.pdf

Erstunterzeichnende sind: Petentin Modupe Laja (NRDB e.V. Netzwerk Rassismusund Diskriminierungsfreies Bayern; ADEFRA Schwarze Frauen in Deutschland)/Naa-Ayekai Squire (ADAN e.V. Afro-Diasporisches Akademisches Netzwerk, Kandidatin für den Migrationsbeirat)/Benjamin Adjei (Mitglied des Landtags B'90/Die Grünen)/Naita (Geschäftsführerin des NID Namibian Instituts for Windhuk)/Achim Waseem Seeger (Die Urbane-LV Bayern; FB Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft BezJR Obb) /Robert Weber (ISD Bund e.V. Initiative Schwarze Menschen in Deutschland)/Pia Bärbel Chojnacki (Die Urbane-LV Bayern)/Lorena Lang (Die Urbane-LV Bayern)/Sisilia Akello-Okello (AfroDiaspora 2.0//Empowerment afrodiasporischer Münchner*innen e.V.)/Kharis Ikoko (Freie Mitarbeiterin beim Bezirksjugendring Oberbayern-BezJR Obb)/Sándor A. Klunker (Phoenix e.V.)/Halima Triebel (JUNO, Die Stimme für geflüchtete Frauen)/Kazeem Ojoye (Nigerian Community Bayern Germany e.V.; AYEESSI e.V.)/Mathilda Légitimus Schleicher (MORGEN e.V. Netzwerk Münchner Migrantenorganisationen; NALA e.V.)/Paulo Cesar Santos Conceição (MORGEN e.V. Netzwerk dos Münchner Migrantenorganisationen)/Nesrin Gül (Agaby e.V. Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten und Integrationsbeiräte Bayerns)/Sonia Ango (Organisation des Béninois de la Bavière – OBB e.V.)/Lise-Christine Kobla Mendama (Afrojugend München)/Tina Monkonjay Garway (Farafina Institute e.V.; NRDB e.V.)/Hamado Dipama (AKPM Arbeitskreis Panafrikanismus München e.V.: NRDB e.V.)/Inès Kana Guendia (ADAN e.V. Afro-Deutsches Akademikernetzwerk)/Astride Velho, Prof. Dr. (Internationale Hochschule IU München, Sozialwissenschaften)/Ria Cheatom (ADEFRAroots)/Jasmin **Eding** (ADEFRA roots und ADEFRA München – Schwarze Frauen in Deutschland) Die Petition will die LH München im Hinblick auf das Ende der Dekade an die nationale Bedeutung des UN-Auftrags aber auch an die lokale Mitverantwortung erinnern. Die Dekade wurde bisher kaum zur Kenntnis genommen, weder anerkannt noch im UN-Maßnahmenkatalog geforderte Aktivitäten auf regionaler Ebene unterstützt und gemeinsam mit Betroffenengruppen implementiert (s. Pkt. 1.C. Ziele der Internationalen Dekade). Maßnahmen zur Akzeptanz und Wahrnehmung der Dekade und ihrer Ziele wurden in München in den letzten 10 Jahren nur von Schwarzen bzw. afro-diasporischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteur*innen durchgeführt.

Erstreaktionen gab es vom Landtagsabgeordneten Benjamin Adjei (BÜNDNIS 90 die Grünen)und Ende 2023 dann vom Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags Markus Rindspacher (SPD) sowie aus dem Stadtrat von Barbara Likus (SPD) und Thomas Lechner (DIE LINKE/Die PARTEI) Anfang dieses Jahres.

Am 17. Juli 2023 fand das erste Treffen mit der Fachstelle für Demokratie gegen Rechtsextremismus, Stabstelle des Oberbürgermeisters, im EineWeltHaus statt. Auch wenn die Fachstelle öfter das Gespräch gesucht hat, wurde die Petition nach nunmehr 1,5 Jahren bisher nicht schriftlich beantwortet. Die Petitent*innen erwarten nach nun anderthalb Jahren eine schriftliche Zurkenntnisnahme Oberbürgermeister Dieter Reiter auf die Petition. Auf dem Afro-Forum München am 2. Februar 2024 haben mehr als ein Drittel der Anwesenden, neben den über 20 Erstunterzeichnenden aus unterschiedlichen Initiativen die Petition unterschrieben. wurden bisher über 80 Unterschriften Insgesamt gesammelt. https://morgen-muenchen.de/afroforum-muenchen-auftaktveranstaltung-black-historymonth-ein-grosser-erfolg/.

Im Auftrag von Migrationsbeirat unter Mitwirkung vom Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern e.V. und Afroforum München (Zusammenschluss Schwarzer Initiativen für die Black Future Weeks)

III. Beschluss nach Antrag

Einstimmig beschlossen

gez. gez. gez.

Dimitrina Lang Lara Galli Arif Abdullah Haidary

Vorsitzende 1. Stellvertretende Vorsitzende 2. Stellvertretender Vorsitzender